

Plön, 24. Juni 2016

**Antrag zu den Sitzungen des
Hauptausschusses am 28. Juni 2016 (TOP 9)
und des Kreistages am 14. Juli 2016**

1. Der Kreis Plön bedauert, dass durch die Entscheidung der Landesregierung, die Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030 nicht mehr, wie bislang geplant, als allgemeinen Teil des Landesentwicklungsplanes, sondern lediglich als Weißbuch Landesentwicklungsstrategie zu veröffentlichen, den Gebietskörperschaften die Möglichkeit genommen wird, sich im Rahmen eines förmlichen Anhörungs- und Beteiligungsverfahrens zur Landesentwicklungsstrategie zu äußern.
2. Die nun mit Schreiben der Staatskanzlei vom 19. Mai 2016 vorgesehene Form der Erörterung der LES im Rahmen eines Fachdialogs und über eine Online-Plattform verhindert eine angemessene Debatte über die konkreten Punkte auch in den ehrenamtlichen Gremien der Kreise. Ein förmliches Beteiligungsverfahren findet nicht statt. Dieses Verfahren ist das Gegenteil von "Stärkung des Ehrenamtes". Die demokratisch legitimierte Selbstverwaltung wird faktisch übergangen.
3. Der Kreis Plön hat die wesentlichen Aussagen der strategischen Linie 3.3 Regionen im Wandel - Differenzierte Raumbetrachtung als Handlungsmaxime zur Kenntnis genommen. Der Kreis Plön vermisst eine klare Positionierung der Landesregierung zu den zu recht aufgeworfenen Fragen zur Entwicklung des ländlichen Raumes.
4. Der Kreis Plön hält es für nicht angemessen, die weitere Erörterung der sogenannten Leitfragen und das Finden von Lösungen einem "Netzwerk Daseinsvorsorge SH" zu übertragen. Es ist zuvorderst Aufgabe der Landesregierung, Vorstellungen zur Entwicklung des Landes zu formulieren, diese unter breiter Öffentlichkeitsbeteiligung zu diskutieren und dann strategische Aussagen zu treffen.

Für die CDU-Kreistagsfraktion

gez. Werner Kalinka

gez. Stefan Leyk